

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d

## Inhalt

Günther Jansen MdB beschreibt die Ziele der Sozialdemokraten im Norden: Schleswig-Holstein erneuern.

Seite 1

Gerd Walter MdEP verurteilt die Verhaftung südafrikanischer Oppositionspolitiker: Bonn ermutigt Rassistenstaat.

Seite 4

Dr. Rudolf Schöffberger MdB wendet sich gegen die Überprüfung von Mitarbeitern von Privatunternehmen durch den Verfassungsschutz: Beschäftigungsprogramm für sicherheitssüchtige Überwacher.

Seite 5

42. Jahrgang / 139

27. Juli 1987

Zeit zum Aufklaren

Die SPD im Norden kämpft um das Mandat zur Erneuerung

Von Günther Jansen MdB  
Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

Die zentrale Aufgabe der SPD Schleswig-Holstein in den letzten 50 Tagen bis zur Landtagswahl ist es, die gute Stimmungslage für unsere Partei zu einem guten Ergebnis und vielen Stimmen am 13. September zu machen. Mit unserer programmatischen und personellen Offensive nähern wir uns kraftvoll dem gesetzten Ziel, am 13. September stärkste politische Partei zu werden und mit einer Mehrheit der Mandate im Schleswig-Holsteinischen Landtag allein die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir setzen auf Björn Engholm und die Fachkompetenz seines designierten Kabinetts, wir setzen auf einen Wahlkampfstil, der Kultur und Politik zusammenbringt und dadurch einen Beitrag zur politischen Kultur leistet, und wir setzen auf die von uns gewählten Schwerpunktthemen:

- Unseren entschiedenen Kampf gegen die Dauer- und Massenarbeitslosigkeit, speziell unser Eintreten für Beschäftigung für Jugendliche und Frauen;
- unsere Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, Schleswig-Holstein zu einem Zentrum im Norden mit guten Verbindungen nach Skandinavien und den Ostseeanliegerstaaten zu machen;
- unsere Energiepolitik, die Natur und moderne Technologie verbindet und die Menschen von dem Sicherheitsrisiko der veralteten Atomtechnik befreit;
- unsere Agrarpolitik, die Landwirte und Verbraucher aufruft, einen gemeinsamen Neuanfang aus einer verfahrenen Situation heraus zu starten;

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtiger Umgang  
mit wertvollem Recycling-Papier



- unsere Bildungspolitik, die die Chancengleichheit zum Ziel Nummer 1 macht und sich entschieden allen Versuchen, neue privilegierte Eliten zu bilden, widersetzt.

Die CDU wird derzeit von den vielen Versäumnissen der Vergangenheit eingeholt. Sie hat Schönfärberei betrieben, wo eine ehrliche Bestandsaufnahme angebracht gewesen wäre.

- Zum Beispiel in der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation des Landes mit den katastrophalen Folgen für Werften, Bauwirtschaft und Fehlausbildungen junger Menschen;
- zum Beispiel in Bezug auf die Situation der Landwirtschaft;
- zum Beispiel, was die Finanzkraft und Haushaltssituation des Landes betrifft.

Die Lücken zwischen Worten und Taten sind unübershbar. Und die Rockschöße ihres Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg sind kein Zufluchtsort mehr. Denn die Diskussionen um die Finanzierbarkeit der CDU-Steuerpolitik, die sich abzeichnenden Auswirkungen für die Arbeitnehmer und die Kommunen in Schleswig-Holstein zeigen eines deutlich: Hier wurde aus Wahltaktik mehr versprochen, als gehalten werden kann. Kein Wunder also, wenn das Votum der WählerInnen und Wähler am 13. September über diese Politik von Ihren Machern gefürchtet wird.

Mit welchen Zielgruppen wir auch sprechen, überall stoßen wir auf große Zustimmung für die SPD und Björn Engholm und auf eine völlig verunsicherte CDU-Wählerklientel.

Die Reaktion der CDU auf ihre schwierige Ausgangslage bei dieser Landtagswahl ist - leider - nur allzu bekannt: Auf der einen Seite verteilt sie teure Wahlgeschenke auf Pump, auf der anderen Seite versucht sie, den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm und die Sozialdemokraten im Lande zu diffamieren. Das wird dann eine Mischung aus dem bekannten „lauten Pfeifen im dunklen Wald“ und dem wilden Um-sich-herum-Schlagen des angeschlagenen Boxers. Angesichts dieses diffusen Bildes der CDU, angesichts dieser schrillen Töne haben wir Sozialdemokraten es uns zur Aufgabe gemacht, es nicht zuzulassen, daß Schleswig-Holstein in den nächsten Wochen zu einem politischen Tiefschlaggebiet wird.

Wir bleiben bei unserer informativen fairen und sechlichen Wahlkampflinie. Ich appelliere an alle Parteien im Lande, in einen Wettbewerb des guten Stils miteinander einzutreten.



Nicht nur in ihren Sachaussagen, sondern auch über ihr Wahlkampfziel ist die CDU dieses Landes den Wählerinnen und Wählern eine Antwort schuldig. Wir geben - ausnahmsweise - Heiner Geißler recht, wenn er kürzlich in Kiel sagt, daß eine Partei vor einer Wahl erklären soll, welches ihr Ziel sei. Dies muß an seine eigenen Parteiliebe gerichtet gewesen sein. Gilt die Aussage des Ministerpräsidenten, die CDU strebe die absolute Mehrheit an, gilt die Aussage des CDU-Generalsekretärs, eine absolute Mehrheit sei nicht zu schaffen, aber die FDP sei ein sicherer Partner?

Offensichtlich belegen die eigenen Umfragen, sei es der Landesregierung, sei es der Partei CDU, daß das Wahlziel der absoluten Mehrheit nicht nur in weite Ferne gerückt ist, sondern daß die Sozialdemokraten auf dem Wege zur stärksten politischen Partei in Schleswig-Holstein sind. Andererseits kann sich die CDU mit Stimmengewinnen der FDP zu ihren Lasten nicht anfreunden, weil sie weiß, daß die Konkurrenz von CDU, FDP und UWSH um die gleichen Wählergruppen die CDU eine Vielzahl von Direktmandaten kosten wird.

Und Professor Guldager mit der UWSH ist beizupflichten, wenn er sagt, daß seine „Splittergruppe“ aus der CDU eine „Zittergruppe“ macht.

Also muß offensichtlich die freidemokratische Luftmatratze her, um die Union über Wasser zu halten. Dazu ist zu sagen: Die Luft in dieser Matratze ist zu dünn, um eine Regierung zu tragen.

Wir sagen in diesem Wahlkampf „Zeit zum Aufklaren“ und unterstreichen damit unseren Anspruch, nach 37 Jahren CDU-Regierung die Verantwortung für Schleswig-Holstein zu übernehmen. Wir wollen diese Verantwortung mit einem klaren Mandat der Wählerinnen und Wähler ausüben. Wir kämpfen um eine Mehrheit in jedem Wahlkreis. Für uns steht nicht die Hilfe für 2,2 Prozent FDP oder 3,6 Prozent Grüne im Vordergrund des Wahlkampfes, sondern die Not der zehn Prozent Arbeitslosen. Ihre Hoffnung und Erwartung ist für uns Sozialdemokraten Verpflichtung und Ziel: eine klare sozialdemokratische Mehrheit für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Die Zukunftsperspektive für Schleswig-Holsteins Chancen bietet sich den jungen Menschen, den Frauen und Mädchen, der älteren Generation, Landwirten wie Handel und Gewerbe durch ein eindeutiges Votum für Björn Engholm am 13. September. Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten mit unserer Politik einer sozialen, liberalen, demokratischen, ökonomischen und ökologischen Erneuerung.

(-/27.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Bonn ermutigt Rassistenstaat**

Zur Verhaftung südafrikanischer Oppositionspolitiker

Von Gerd Walter, MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Eine entschiedenerere Politik der Bundesregierung hätte die Verhaftung der UDF-Führungsgruppe mit Generalsekretär Mohammed Valli, Sprecher Murphy Morobe sowie Schatzmeister Azhar Cachalia verhindert. Bonns Südafrika-Politik ist eine einzige Ermutigung für diesen einzigartigen Rassisten-Staat. Wenn dieser verhängnisvolle Kurs nicht bald geändert wird, droht unserem Staat eine Isolierung in den Staaten der Dritten Welt und auch in der EG.

Die Haltung von Außenminister Genscher auf der jüngsten Tagung der EG-Außenminister in Kopenhagen ist geradezu eine Einladung an die Rassisten in Pretoria gewesen, die aktivsten Führer des mit rund zwei Millionen wichtigsten Dachverbandes der südafrikanischen Opposition einzusperrn. Es ist daran zu erinnern, daß der Bundesaußenminister in unheiliger Allianz mit Margret Thatcher, den Vorschlag der dänischen Präsidentschaft nach einer EG-Südafrika-Konferenz unter Beteiligung aller südafrikanischen Oppositionsgruppen zurückgewiesen hat.

Aus der gleichen schiefen Sichtweise „Erst das Geschäft und dann die Moral“ betreibt Bundeswirtschaftsminister Bangemann seine Politik gegenüber Südafrika. Bangemann weigert sich, allen negativen Entwicklungen in Südafrika zum Trotz, das von den EG-Außenministern im September 1986 beschlossene Verbot neuer Direktinvestitionen in Südafrika in der Bundesrepublik rechtlich verbindlich umzusetzen. Außerdem blockiert der Bundeswirtschaftsminister in Brüssel weitergehende Maßnahmen der EG gegen das Regime wie das Importverbot für Südafrika-Kohle. Das Gespann Genscher und Bangemann treibt es unter der Verantwortung von Bundeskanzler Helmut Kohl sogar mit ihrer Südafrika-Politik soweit, daß sich deutsche Unternehmen den Rückzug US-amerikanischer und skandinavischer Firmen zunutze machen. Durch diese Kollaboration mit dem Rassisten-Regime wird der Fortbestand der Apartheid gesichert.

Ich fordere die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur auf. Die erfreulichsten Menschenrechts-Aktionen fachlich nicht zuständiger Mitglieder des Bundeskabinetts nutzten nichts, wenn der Bundeskanzler seine Richtlinienkompetenz wie eine eiserne Ration bis zum Ende seiner Tage verwahrt.

(-/27.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Beschäftigungsprogramm für sicherheitslüchtige Überwacher**

**Zur Überprüfung von Mitarbeitern von Privatunternehmen durch den Verfassungsschutz**

**Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Vorsitzender der bayerischen SPD**

An das Thema „Überprüfung von Beschäftigten privater Firmen durch den Verfassungsschutz“ will die Bundesregierung offenbar nicht so recht ran. Dieser Schluß ist aus der jüngsten Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Anfragen zu ziehen. Offenbar wird jedes Ministerium verpflichtet, einmal in den sauren Apfel zu beißen; dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, nachdem auf meine dritte Anfrage nun das dritte Ministerium geantwortet hat - das Wirtschaftsministerium nach dem Post- und dem Verteidigungsressort. Am meisten ginge es natürlich das Innenministerium an, dem der Verfassungsschutz unterstellt ist; doch das hat bisher geschwiegen.

Trotzdem ist die Antwort des Wirtschafts-Staatssekretärs Dr. Schlecht recht aufschlußreich. Sie belegt nämlich eindeutig, daß auch das Wirtschaftsministerium seine Finger im Spiel hat. Dr. Schlecht wörtlich: „Das Bundesministerium für Wirtschaft berät die Unternehmen in Fragen des Schutzes von geheimhaltungsbedürftigen Vorgängen. Dazu gehören auch personelle Geheimschutzmaßnahmen. In diesem Zusammenhang werden Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeitern der Unternehmen durchgeführt, die geheimhaltungsbedürftige Vorgänge bearbeiten oder sich Zugang hierzu verschaffen können.“

Damit trifft also das Bundeswirtschaftsministerium und wohl auch die Wirtschaftsminister der Länder der Vorwurf, daß sie zumindest an der ausufernden Praxis der Überprüfungen mitbeteiligt sind. Ich mag nicht einzusehen, warum Telefonmontiererinnen, Kaufleute und Korrespondenzsekretärinnen einer Überprüfung unterzogen werden. Eine solche Praxis der unkontrollierten Überwachung ist nicht hinnehmbar.

Leider verliert auch das Bundeswirtschaftsministerium kein Wort darüber, wie es sich den großen Kreis der Überprüften - bei Siemens allein immerhin 8.000 - erklärt. Daher verstärkt sich der Verdacht, daß es keinerlei Richtlinien und Empfehlungen gibt, in denen festgeschrieben ist, was überprüfungsbedürftig ist und welche Kriterien angewendet werden. Der militärische Bereich ist auch für uns einsehbar. Der Begriff „lebenswichtige Einrichtung“ ist aber so weit gefaßt, daß Überwachungsfanatiker hier auch jeden Bäcker und jeden Wasserleitungsbauer einbeziehen können.



Hier gilt es mit einer neuen Anfrage Klarheit zu schaffen: „Welche Kriterien werden angewandt, um den Kreis der Überprüfungsbedürftigen Mitarbeiter privater Unternehmen festzulegen?“ Ich hoffe, daß diesmal endlich der zuständige Innenminister antwortet. Die gleiche Frage wird im übrigen in Bayern der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Peter Paul Gantzer, der Bayerischen Staatsregierung vorlegen.

Die derzeitige Überprüfungswut der Regierungen schafft jedenfalls ein Klima des Mißtrauens und der Unsicherheit, es beraubt den Arbeitnehmer seiner elementarsten Rechte und verletzt die Rechte der Betriebsräte. Vielleicht machen sich die Ministerien, die solche Überprüfungen „in Auftrag geben“, endlich einmal ein Bild, wie viele Personen in welchen Produktions- und Dienstleistungsarten solchen Überprüfungen unterzogen werden und wie hoch die „Trefferquote“ ist. Diese Zahl sollte dann der Zahl der tatsächlich Überprüften - hier sind die Innenminister gefordert - gegenübergestellt werden. Ich bin sicher, daß auf beiden Seiten Überraschung herrschen wird.

Von der „Trefferquote“ kann man sich mittlerweile ein recht genaues Bild machen. Es war nämlich zu erfahren, daß bei 2.000 Überprüften in einem privaten Betrieb der Verfassungsschutz genau sechsmal fündig geworden ist. Weiterhin ist bekannt, daß unter diesen sechs Fällen mindestens zwei waren, in denen die Verfassungsschützer offenkundig falsche Angaben weitergeleitet haben. Dann muß schon einmal die Frage gestellt werden, welche Effizienz diese Überprüfungen haben oder ob dies nur ein Beschäftigungsprogramm für sicherheitssüchtige Überwacher ist.

Geradezu scheinheilig ist dann die durch Staatssekretär Dr. Schlecht übermittelte Aufforderung: „Soweit über diesen unmittelbar betroffenen Personenkreis hinaus Sicherheitsüberprüfungen veranlaßt worden sein sollten, bittet das Bundesverteidigungsministerium um Mitteilung der Vorgänge, damit entsprechende Maßnahmen zur Abstellung einer solchen Überprüfungspraxis ausgeschlossen werden können.“ Dazu ist festzustellen: Sind die Sicherheitsüberprüfungen so geheim, daß ein Ministerium nicht weiß, was das andere macht? Soviel Transparenz sollte auch in einer von drei Partnern gestellten Regierung möglich sein. Von mir wird jedenfalls das Verteidigungsministerium keine Detailinformationen erhalten, da die Betroffenen und die Informanten dann zu Recht eine gerechtfertigte Treibjagd befürchten müssen.

(-/27.7.1987/rs/ks)

\* \* \*

